

Leichenteile in Tüten verpackt

Grausiger Fund bei Nordhorn

Nordhorn. Im Ems-Vechte-Kanal bei Nordhorn in Niedersachsen sind menschliche Überreste gefunden worden. Leichenteile lagen dort in mehrere Tüten verpackt im Wasser, wie eine Polizeisprecherin am Sonntagmorgen sagte. Spaziergänger fanden sie demnach am Sonnabendnachmittag, Einsatzkräfte bargen sie aus dem Wasser. Nach ersten Erkenntnissen handle es sich um eine männliche Person. Zuvor hatten mehrere Medien über den Fund berichtet.

Mehrere Dutzend Einsatzkräfte suchten nach dem ersten Fund die Umgebung an Land und Wasser ab, wie die Polizeisprecherin sagte. Unterstützt vom THW und der DLRG waren dabei auch Taucher, Sonarboote und Drohnen im Einsatz. Am Sonntagvormittag war die Suche noch nicht abgeschlossen. Die einsetzende Dunkelheit am Samstagabend hatte die Arbeiten rund um den Fundort erschwert. Eine Mordkommission sei eingerichtet, aber die Ermittlungen hätten gerade erst begonnen.

Eine Obduktion sei angeordnet, sagte die Polizeisprecherin. Wann es Ergebnisse geben soll, wurde nicht mitgeteilt. Mit Verweis auf ermittlungstaktische Gründe und mögliches Täterwissen nannte sie zunächst keine weiteren Details. So blieb vorerst unklar, wie lange die Leichenteile schon im Wasser trieben und ob der Fundort auch der Ablageort war. „Es ist noch zu früh, wir ermitteln intensiv in alle Richtungen“, sagte die Sprecherin. Dazu gehören auch, Vermisstenmeldungen auf Verbindungen zu untersuchen. DPA

STRAFVERFAHREN INGELEITET

Autofahrer ohne Lizenz von Verdener Polizei gestoppt

Verden. Die Polizei in Verden hat einen Autofahrer angehalten, der ohne Führerschein, dafür aber betrunken und unter Drogeneinfluss unterwegs gewesen ist. Ein Atemalkoholtest bei dem 41-jährigen habe einen Wert von 0,7 Promille ergeben, teilte die Polizei am Sonnabend mit. Außerdem fiel ein Drogentest positiv auf Kokain aus. Dem Mann wurde am Freitagabend noch eine Blutprobe entnommen. Gegen ihn wurde ein Strafverfahren eingeleitet. DPA

VON FAHRBAHN ABGEKOMMEN

Mann stirbt in brennendem Fahrzeug

Wendewisch. In Wendewisch (Landkreis Lüneburg) ist es am Sonnabendabend zu einem tödlichen Autounfall gekommen, bei dem ein 53-jähriger gestorben ist. Der Mann war aus bislang ungeklärter Ursache mit seinem Auto auf der Kreisstraße 4 Richtung Hittbergen in einer Kurve nach rechts von der Fahrbahn abgekommen, wie die Polizei mitteilte. Das Auto geriet demnach daraufhin in Brand, und der 53 Jahre alte Mann konnte nicht mehr aus dem Fahrzeug gerettet werden. Die Ermittlungen dauern an. DPA

ERMITTLUNGEN INGELEITET

Nach Unfall besteht Verdacht auf fahrlässige Tötung

Hannover. Nach einem Verkehrsunfall mit einem Toten in Hannover ermittelt die Polizei wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung. Ein 57-jähriger sei den ersten Erkenntnissen nach aus unbekanntem Ursachen mit seinem Wagen von hinten auf ein anderes Auto aufgefahren, teilte die Polizei am Sonntag mit. Dessen 48 Jahre alter Beifahrer wurde bei dem Unfall am Samstagabend so schwer verletzt, dass er noch an der Unfallstelle starb. Die Fahrerin wurde leicht verletzt. Ihr Auto wurde infolge des Aufpralls gegen einen weiteren Wagen geschleudert. Dessen Fahrerin wurde nach Angaben der Polizei ebenfalls leicht verletzt. Die Fahrerin eines vierten Autos, das ebenfalls in die Unfallstelle prallte, blieb unverletzt. DPA

2,5 PROMILLE

Betrunkener Fahrraddieb kommt nur zehn Meter weit

Dissen. Offenbar zu betrunken ein Fahrraddieb in Dissen bei Osnabrück. Der 43-jährige stürzte nach zehn Metern mit dem Rad, wie die Polizei am Sonntag mitteilte. Er soll das nicht abgeschlossene E-Bike vom Gelände einer Freizeitanlage an sich genommen haben. Zeugen berichteten, der Mann habe das Rad zunächst nur geschoben. Sie entdeckten den Mann auf dem Boden liegend und informierten die Polizei. Ein Alkoholtest ergab einen Wert von mehr als 2,5 Promille. DPA

Behörden faxen nach wie vor

Warum in Niedersachsen und Bremen teils weiter auf eine veraltete Technik gesetzt wird

VON SILKE SULLIVAN

Hannover/Bremen. Obwohl die Kommunikation per Telefax als nicht mehr zeitgemäß eingestuft wird, setzen Landesbehörden in Niedersachsen und Bremen weiterhin auf die veraltete Technik. Allein in Niedersachsens Landesbehörden werden Schätzungen zufolge noch rund 2000 Fax-Anschlüsse betrieben, wie das Innenministerium in Hannover mitteilte. In Bremen sind noch rund 250 Faxgeräte im Einsatz. Das hatte eine Umfrage aus dem vergangenen Jahr ergeben, wie das zuständige Finanzressort mitteilte. Hinzu kämen noch Geräte der Kommune Bremerhaven.

„Die Fax-Technik ist in vielerlei Hinsicht veraltet und nicht mehr zeitgemäß“, teilte ein Sprecher des Innenministeriums in Hannover mit. Deshalb sei die Technik in der Landesverwaltung weitgehend vom E-Mail-Versand abgelöst worden. Auch in der externen Kommunikation etwa mit Bürgerinnen und Bürgern sei die E-Mail längst der Standard.

Zwar ist die Nutzung der Fax-Technik laut dem Ministerium in Niedersachsen stark rückläufig, vor allem in der Justiz kommt sie aber noch verbreitet zum Einsatz. Jedes Gericht, jede Staatsanwaltschaft und jede Justizvollzugsanstalt verfügt demnach noch

„Das Fax ist eine Technik aus den 70er-Jahren.

Wir brauchen es nicht mehr.“

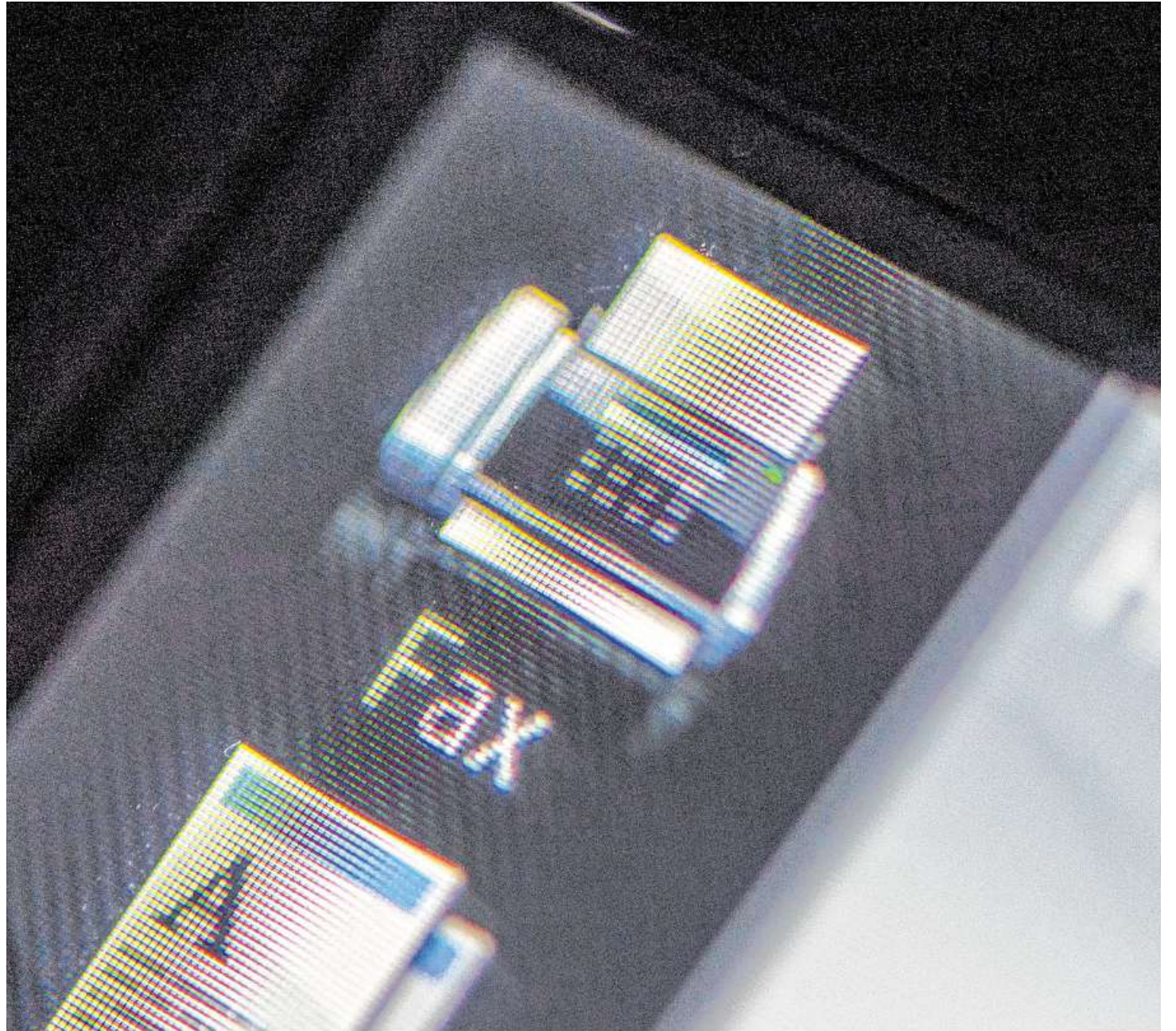
Carsten Mühlenmeier, Landesamt Bergbau

über mindestens ein Faxgerät. Auch in Bereichen des Wirtschaftsministeriums sowie im Gesundheits- und Sozialministerium wird die Technik weiter genutzt.

Das Bremer Finanzressort teilte mit, dass Faxen keinen allzu großen Stellenwert mehr für die Verwaltung habe. Dass dennoch Geräte im Betrieb sind, sei begründbar. Polizei, Feuerwehr und Rettungsleitstelle müssten schließlich Notrufe von Gehörlosen über ein sogenanntes Notruf-Fax entgegennehmen. Zudem erwarteten Banken, Krankenkassen und Ärzte, dass sie die öffentliche Verwaltung per Fax erreichen könnten.

Eine Sprecherin des Bremer Justizressorts sagte, dass auch Bürger die Geräte noch nutzten. Juristische Dokumente wie Klagen müssten schließlich mit Unterschriften versehen werden – und eine elektronische Signatur sei vergleichsweise umständlich.

Die Möglichkeit, Faxe an Landesbehörden zu übermitteln, sei auch ein Service etwa für Unternehmen, die bislang nicht auf andere Kommunikationswege umgestellt hätten, teilte das Innenministerium in Hannover mit. „Darüber hinaus kann die Fax-Technik für den Fall von Cyberangriffen oder Krisen-



Faxgeräte sind nicht mehr stand der Technik, werden aber nach wie vor noch benutzt – vor allem in Behörden.

FOTO: ARMIN WEIGEL/DPA

situationen als redundanter Kommunikationsweg von Vorteil sein.“

Dass in Verwaltungen noch immer Faxgeräte genutzt werden, habe auch juristische Gründe, teilte das niedersächsische Innenministerium weiter mit. Denn anders als ein Fax eigene sich eine herkömmliche E-Mail nicht für eine rechtssichere Kommunikation. Außerdem sei die Fax-Technik in vielen Wirtschaftsbereichen „noch sehr verbreitet“, etwa in Arztpraxen oder Handwerksbetrieben. Laut des Ministeriums könne ein Grund dafür die Übermittlungsbestätigung sein, die das Fax im Gegensatz zur E-Mail biete.

Anders als etwa die bayerische Staatsregierung kürzlich angekündigt hatte, wollen Bremen und Niedersachsen das Fax daher vorerst nicht komplett aus der Landesver-

waltung verbannen. Im Land Bremen gebe es derzeit keine Verpflichtung, die Geräte abzuschaffen, teilte das Finanzressort mit. Und aus dem Innenministerium in Hannover heißt es: „Eine vollständige Abschaffung der Fax-Technik ist in den niedersächsischen Landesbehörden bis auf Weiteres nicht geplant, solange sie in der Wirtschaft noch diese Relevanz hat.“

Die Unternehmensverbände in Niedersachsen (UVN) stellen infrage, ob die Fax-Technik tatsächlich noch solch eine Bedeutung hat. Der Verband verweist auf eine Studie des Digitalverbandes Bitkom, wonach 2023 zwei Drittel der Unternehmen in Deutschland höchstens gelegentlich, selten oder gar nicht mehr faxten.

„Der Trend geht eindeutig weg vom Fax“,

sagte UVN-Hauptgeschäftsführer Volker Müller auf Anfrage. Die Wirtschaft fordere schon lange eine Digitalisierung von Verwaltungsakten. „Wenn meterweise Akten in Papierform und mehrfacher Ausfertigung abgegeben werden müssen, ist niemandem geholfen, und alles dauert viel länger. Wenn Unternehmen an Behörden Faxe schicken, dann, weil es von den Behörden noch vorgegeben wird, und nicht, weil die Unternehmen selbst darauf bestehen.“

Dass es auch komplett ohne Fax geht, zeigt seit einigen Wochen das Niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG). Dort wurde das Telefax abgeschafft. „Das Fax ist eine Technik aus den 70er-Jahren. Wir brauchen es nicht mehr“, sagte Behördenleiter Carsten Mühlenmeier.

Damit die Erinnerung nicht verblasst

Der 98-jährige Holocaust-Überlebende Albrecht Weinberg hat seine Geschichte aufgeschrieben

VON LENNART STOCK

Leer. Auch rund 80 Jahre danach ist die Zahl noch da, die an sein Martyrium erinnert: 116927. Albrecht Weinberg sieht die inzwischen etwas verblassten Ziffern mindestens jeden Morgen beim Waschen auf seinem linken Unterarm – und mit ihr die Erinnerungen an Auschwitz. „Das ist unglaublich, dass so was wirklich passiert“, sagt der 98-jährige, der in der ostfriesischen Kleinstadt Leer lebt, rückblickend über den Holocaust. Die Häftlingsnummer tätowierten ihm die Nazis auf die Haut, als er im April 1943 ins Konzentrationslager deportiert wurde. Lange hat Albrecht Weinberg mehr darüber geschwiegen, als dass er über den Horror erzählte. Nun ist er einer der wenigen lebenden Jahrhundertzeitzeugen, die überhaupt noch davon erzählen und mahnen können.

Zusammen mit dem „Stern“-Journalisten Nicolas Büchse hat Albrecht Weinberg seine Lebensgeschichte nun in einem Buch verfasst. „Damit die Erinnerung nicht verblasst wie die Nummer auf meinem Arm“ lautet der Titel der Autobiografie, die vor wenigen Tagen im Penguin Verlag erschienen ist. Darin erzählt er, wie der Antisemitismus in Ostfriesland in den 1920er- und frühen 1930er-Jahren ihn und seine jüdische Familie schleichend ausgrenzte, wie die Pogromnacht im November 1938 alle auseinanderriß und wie die Nazis schließlich seine Familie fast vollständig auslöschten. Albrecht Weinberg überlebte die drei Konzentrationslager Monowitz, auch Auschwitz III genannt, Mittelbauroda im Harz, Bergen-Belsen bei Celle und mehrere Todesmärsche.

Ein befreundeter Fotograf, der zu Jahres-

beginnen fotografiert, stellte den Kontakt zwischen Weinberg und dem Journalisten her. „Er rief mich an und sagte: ‚Mensch, du mußt einen Holocaust-Überlebenden kennenlernen. Das ist ein wirklich außergewöhnlicher Mensch‘“, erinnert sich Büchse. Mehrere Holocaust-Überlebende habe er zuvor schon interviewt. Dabei sei er stets zurückhaltend gewesen. Albrecht Weinberg aber habe ihm direkt das „Du“ angeboten. „Da war sofort eine Nähe da, die außergewöhnlich ist, gerade für jemanden, der so viel erlebt hat.“

Aus einer Reportage entstand schließlich das Buch. Büchse führte Interviews mit Weinberg, begleitete ihn auf Reisen und Besuchen. Weinbergs Lebensgeschichte erzähle den schleichenden Prozess der Entmenschlichung einer Gesellschaft, sagt Büchse. Eine Gefahr für die Demokratie, die heute erneut zu spüren sei. „Wenn man Albrecht zuhört, kann man die Fähigkeit erlangen, genauer diese Warnzeichen wahrzunehmen.“

Trotz der Qualen sind Albrecht Weinbergs Erinnerungen glasklar, etwa an die Befreiung von Bergen-Belsen. „Zu der Zeit war ich ein Muselman“, sagt Albrecht Weinberg. „Ein Mensch mit einem Knochengerüst und Haut überzogen, kein Gramm Fleisch.“ Mehr tot als lebendig sei er gewesen, umgeben von Leichenbergen. Gerade mal 29 Kilogramm wog er da. „Dann kamen die Tanks reingefahren. Ich habe gedacht, nun werde ich erlöst“, erzählt der 98-jährige, der immer wieder englische Wörter in seine Sätze einfließen lässt. „Dass wir befreit wurden, haben

wir nie geglaubt. Wir haben gedacht, wir werden alle abgeknallt.“ Es waren britische Truppen, die am 15. April 1945 das Konzentrationslager befreiten. Jahrzehnte sprach Weinberg nicht über seine Erlebnisse. Sogar als Hollywood-Regisseur Steven Spielberg ihn in den 1990er-Jahren für ein Zeitzeugeninterview anfragte, lehnte Albrecht ab. Zu lange hatte er die Befürchtung, dass andere seine Erinnerungen nicht hören wollten. „Das Erlebte könne kein Mensch verstehen, sagt der 98-jährige noch heute – auch er selbst nicht. Albrecht Weinberg hört deshalb immer wieder Radiodokumentationen, Gerda Dänekas liest ihm Zeitungsartikel und Bücher zum Holocaust vor.

Der Antisemitismus wühlt den Holocaust-Überlebenden noch immer auf. Als vor wenigen Tagen auf dem jüdischen Friedhof in Leer Grabsteine umgestoßen wurden, zog sich Albrecht zurück. „Ich wollte nichts wissen, bin in mein Zimmer gegangen und hab' nachgedacht, dass es für mich nie anders gewesen ist: der Hass und die discrimination.“ Noch 80 Jahre nach dem Holocaust müsse die Polizei etwa Synagogen schützen. „Das ist ja nicht zu glauben.“

Inzwischen sind Albrecht und Gerda zusammen in eine Senioren-WG gezogen. „Das ist das Beste, was ich je getan habe“, sagt Gerda, die inzwischen im Ruhestand ist. Viele hätten ihr davon abgeraten, doch sie habe es nie bereut, im Gegenteil. Beide unternehmen Reisen, waren in New York und 2022 sogar mit Schülern auf Klassenfahrt in Israel.



Albrecht Weinberg
FOTO: SINA SCHULDT/DPA

Busse und Bahnen stehen still

Warnstreik im ÖPNV

Hannover. Nutzer von Bussen und Straßenbahnen müssen sich in Niedersachsen an diesem Montag und Dienstag vielerorts erneut auf Ausfälle einstellen. Weil die Gewerkschaft Verdi an beiden Tagen zum Warnstreik im öffentlichen Personennahverkehr aufruft, fallen in mehreren Städten fast alle Busse und Bahnen aus. Betroffen sind Hannover, Braunschweig, Osnabrück, Göttingen, Wolfsburg, Goslar sowie die Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn.

Die Üstra in Hannover und die Braunschweiger Verkehrsgesellschaft kündigten an, an beiden Tagen alle Stadtbahnen und Busse in den Depots zu lassen. In Wolfsburg fallen nach Angaben der Verkehrsgesellschaft mehr als 80 Prozent aller Busse aus. In Osnabrück finden keine Fahrten des städtischen Metrobus' statt. Die Göttinger Verkehrsbetriebe und Stadtbus Goslar stellen den Busbetrieb an den beiden Streiktagen ein.

Nicht betroffen sind nach Angaben der Üstra der Regiobus Hannover. Auch die S-Bahn Hannover wird nicht bestreikt. In Braunschweig sollen zumindest die Schulbusse für Grundschüler normal verkehren, in soll Wolfsburg ein Streikfahrplan knapp ein Fünftel des Verkehrs absichern.

Bereits für den 2. Februar hatte Verdi zu einem Warnstreik in denselben Städten aufgerufen. Die Gewerkschaft fordert für die Mitarbeiter unter anderem Entlastung durch mehr Urlaub, eine Anpassung der Zeitzuschläge sowie eine Modernisierung und Aufwertung der Entgeltordnung. Die Tarifgespräche sollen nach Gewerkschaftsangaben am Donnerstag fortgesetzt werden. DPA